

Der große Graben

Deutschland driftet auseinander. Während sich Topmanager Millionengagen und -abfindungen genehmigen, wären viele Bürger schon froh, wenn sie von ihren Löhnen leben könnten. Nie erschien ihnen ihr Land ungerechter als in Zeiten der Berliner Republik.

Der Mann, der Deutschland ins Portemonnaie gucken kann, trägt Nickelbrille und heißt Markus Grabka. Niemand weiß genauer als er, wie die Einkommen im Land genau verteilt sind.

Grabka ist Ökonom am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Er sitzt in einem schlichten Büro mitten im Berliner Regierungsviertel. Sein Teppichboden ist übersät mit wissenschaftlichen Fachaufsätzen, Büchern und Computerausdrucken.

Grabkas Computer ist mit dem „Sozioökonomischen Panel“ des Instituts verbunden, einer der umfassendsten Da-

tensammlungen, die es im Land gibt. Jedes Jahr untersucht das DIW die Lebensumstände von 20000 repräsentativ ausgewählten Bundesbürgern: was sie verdienen, wie viele Steuern sie zahlen, wo sie wohnen, wie hoch die Miete ist, welche Schule die Kinder besuchen und wie viel Geld auf dem Sparsbuch liegt.

Aus den Antworten kann Grabka nicht nur ablesen, wie es den einzelnen Bürgern geht. Sie erlauben es auch, jene „Äquivalenzeinkommen“ und „Ungleichheitskoeffi-

zienten“ zu berechnen, mit denen Experten die Kluft zwischen Arm und Reich messen.

Lange Zeit konnte Grabka nichts Auffälliges vermelden. Deutschland zählte zu jenen Staaten, in denen der Unterschied zwischen den Klassen klein und die Mittelschicht riesengroß war. Von der „nivelierten Mittelstandsgesellschaft“ sprachen die Soziologen. Es stimmte die grundsätzliche Balance.

Seit ein paar Jahren aber beobachtet Grabka einen Wandel, der spektakulär ist.



SVEN DOERING / VISUM



Empfang für Unternehmensführer auf Schloss Eckberg in Dresden

Spätestens seit dem Zusammenbruch der New Economy stürzen Deutschlands Werte ab, die bereits den Klassengesellschaften Großbritanniens oder Griechenlands bedrohlich nahekommen. Es bricht etwas auf. Es fällt etwas auseinander.

Früher zeigten Grabkassens Grafiken zwei Linien, die übereinander lagen. Die obere Linie zeigte die Einkommensentwicklung der Wohlhabenden, die untere die der weniger Reichen. Sie strebten beide nach oben. Auch die Armen wurden reicher.

Seine jüngsten Grafiken sehen anders aus: Es gibt keine allgemeine Aufwärtsbewegung mehr, sondern zwei Linien, die auseinanderstreben. Während die Einkommenslinie der Begüterten steil nach oben weist, strebt die der ärmeren

Schichten ähnlich steil nach unten. Sie sind Ausdruck einer dramatisch wachsenden Spaltung.

Die Einkommen der ärmeren Schichten sind gegenüber dem Jahr 1992 preisbereinigt um 13 Prozent gesunken. Die Bezüge der Spitzenverdiener haben im selben Zeitraum

um fast ein Drittel zugelegt. Andere Fachleute sind sogar sicher: Der Trend wird sich jetzt, in Zeiten wachsender Inflation, noch verschärfen. Wenn Strom und Gas, Milch, Brot und Sprit teurer

+31

DER SPIEGEL

+26

Die Schere öffnet sich

Veränderung des durchschnittlichen realen Nettoeinkommens pro Kopf gegenüber 1992, in Prozent

+12

2000

+6

2001

2002

2003

2004

2005

2006

+/-0%

+10

Durchschnitt insgesamt

-2

-13

Quelle: DIW

CHRISTIAN THIEL



Mittagstisch im Kinder- und Jugendtreff „Die Arche“ in Berlin

**Horst Köhler**

Bundespräsident

*„Renditeziele allein machen noch keine gute Unternehmensführung.“**„Sozialer Frieden ist allemal ein wichtiger Standortvorteil Deutschlands.“***Jürgen Thumann**

BDI-Präsident

„Versuche, Moral in Zahlen zu gießen, passen nicht zu unserer Wirtschaftsordnung.“**Berthold Huber**

IG-Metall-Chef

„Wir akzeptieren unverschämte Managergehälter nicht. Die Beschäftigten erarbeiten die Unternehmenswerte.“**Wolfgang Huber**

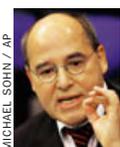
EKD-Ratsvorsitzender

„Wenn aus dem Gehalt eines Menschen mehr als hundert Arbeitsplätze finanziert werden könnten und gleichzeitig in demselben Unternehmen aus Kostengründen Arbeitsplätze abgebaut werden, sprengt das jede Vorstellung von Gerechtigkeit.“**Michael Glos**

CSU-Wirtschaftsminister

„Wenn Nieten mit hohen Abfindungen abgeschoben werden, ist das ein Skandal.“**Peer Steinbrück**

SPD-Finanzminister

„Manchmal habe ich den Eindruck, es wird sogar Misserfolg besonders vergütet: Wenn der Vorstandsvorsitzende eines Unternehmens erst den Aktienkurs in den Keller fährt und dann um eine zweistellige Millionenabfindung streitet, fehlt mir jedes Verständnis.“**Gregor Gysi**

Die Linke

„Der große Sprung zur Gerechtigkeit bestünde darin, dass Kinder in unserer Gesellschaft chancengleich aufwachsen können. Das werde ich wohl nicht mehr erleben.“**Bundeskanzlerin Merkel*:** Ist der Aufschwung bei den Menschen angekommen?

werden, trifft das immer erst die, die ohnehin wenig haben.

Grabka zumindest weiß: Während das reichste Zehntel der Bevölkerung mittlerweile über fast 60 Prozent des bundesdeutschen Immobilien-, Aktien- oder Geldvermögens verfügt, haben die unteren Einkommenschichten oft gar nichts mehr – außer Schulden.

Der große Graben zwischen Oben und Unten verbreitert sich derzeit in vielen Industrieländern. Das Tempo aber, mit dem sich die sozialen Gegensätze in Deutschland verschärfen, lässt selbst erfahrene Verteilungsökonomien staunen. „Die Entwicklung ist erschreckend“, resümiert Grabka.

Jüngst war er beim Bundespräsidenten eingeladen. Im Schloss Bellevue saß er Horst Köhler gegenüber, auf dem Tisch lagen jede Menge Grafiken über die Wohlstandskluft in Deutschland. Was man denn tun könne, wollte der Bundespräsident wissen. Grabka antwortete, es wäre schon hilfreich, das öffentliche Bewusstsein für die Probleme zu schärfen.

Zwei Wochen später hielt Köhler eine Rede über „Freiheit und Verantwortung“. Er sagte: „Viele Menschen sind verunsichert“, denn der Strukturwandel habe sich beschleunigt, die Einkommensungleichheit

nehme zu. Gerade Unternehmer und Manager müssten sich verantwortungsvoll verhalten, mahnte Köhler. „Wer den Mitarbeitern Einschnitte abverlangt, sollte sich zweimal fragen, ob es angemessen ist, sich selbst großzügige Gehaltssteigerungen zu gönnen.“

Das ist die große Debatte dieser Tage. Nicht nur Grabkas Zahlen, sondern auch die Nachrichten aus Deutschland erzählen die Geschichte einer Drift.

Manche Manager gönnen sich gewaltige Gehälter und Abfindungen, auch wenn ihre Leistungen schlecht waren. Viele Arbeitnehmer verdienen dagegen so wenig, dass die Bundesregierung sie mit Mindestlöhnen schützen und stützen soll. Zwischen Lohnstreiks von Lokführern und Mindestlohndebatten flammte zudem immer wieder die Diskussion auf, ob der Staat seinen Bürgern nicht überhaupt ein Grundeinkommen schenken sollte. Befürworter wie Götz Werner, Gründer und Chef der dm-Drogeriemärkte, füllen mit solchen Forderungen Mehrzweckhallen.

Bei den Managern geht es um zweistellige Millionenbeträge, bei den Angestellten dagegen oft um Stundenlöhne im Bereich von fünf oder sechs Euro. Wie soll da eine Gesellschaft zusammenfinden, zusammenhalten?

Den einen droht das Elend, die anderen leben in einer Zuckerwelt, in der man sich allenfalls noch mit der Frage quält, ob

* Beim Arbeitgebertag des BDA am 11. Dezember in Berlin.



MARC STEFFEN UNGER

es die S-Klasse von Mercedes sein soll oder doch ein Maybach. Es hat solche Unterschiede immer gegeben, aber sie verschärfen sich drastisch.

Deshalb stellt sich wieder einmal die Frage nach der Gerechtigkeit. Schon Platon hat sich vor 2400 Jahren in seiner „Politeia“ an einer Antwort versucht. Bis heute zerbrechen sich die klügsten Frauen und Männer den Kopf darüber, aber es gibt nicht die eine, die gültige Definition von dem, was gerecht ist.

Deshalb verlässt sich jeder auf sein Gefühl, und das ist offenbar kein gutes in diesen Tagen. Nur noch 15 Prozent der Deutschen sagen, dass es gerecht zugehe im Land, wie das Institut für Demoskopie in Allensbach jüngst für die Bertelsmann-Stiftung ermittelt hat. Nie zuvor war dieser Wert niedriger.

Und nur fünf Prozent der Befragten sagen, Deutschland sei das Industrieland, das ihren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit am nächsten komme.

Die Stimmung ist schlecht, und das steht in einem seltsamen Widerspruch zu den Eckdaten der Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit ist seit 2005 um 1,5 Millionen gesunken. Die Wirtschaft wächst in diesem Jahr um 2,6 Prozent, und die Bundeskanzlerin sagt: „Der Aufschwung kommt bei immer mehr Menschen an.“

Stimmt nicht, antworten die Menschen. Nur 17 Prozent geben Angela Merkel recht.

Der Rest empfindet die eigene Wohlstandssituation als unverändert oder gar bedroht und ärgert sich umso mehr, dass geschleierte Manager fette Abfindungen oder Pensionen bekommen. Dass jemand wie der frühere DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp nun jene millionenschweren Aktienoptionen besitzt, die nur deshalb an Wert steigen, weil seine Nachfolger die alten Welt-AG-Pläne zurrücksanieren. Und obendrauf gibt's noch Büro, Wagen, Chauffeur und Sekretariat auf Lebenszeit. Hat so einer verdient, was er verdient?

Die Große Koalition streitet nun darüber, ob man solchen Versorgungsexzessen mit Gesetzen beikommen sollte. Zusammen mit den Auseinandersetzungen um die Mindestlöhne ist dies Ausdruck der Suche nach Ober- und Untergrenzen für Einkommen, damit Deutschland nicht noch mehr auseinanderdriftet.

Dabei ist es noch nicht lange her, dass Politiker fast aller Parteien für wachsende Unterschiede plädiert haben, für Eliten und gegen Egalität.

Die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder war kaum ein Jahr im Amt, da verschob sich die Rhetorik. Es war die Zeit einer globalen Euphorie. Weltweit explodierte die Börsenkurse, eine lang anhaltende Wachstumsphase schien gesichert. Im rot-grün regierten Deutschland dominierten Vokabeln wie Reformstau und Eigenverantwortung, Risikobereitschaft, Elite und Flexibilität.

„Eine Gesellschaft lebt dynamischer, wenn es Ungleichheiten gibt“, verkündete Schröders Freund, der damalige Wirtschaftsminister Werner Müller, heute Chef des Technologiekonzerns Evonik. Dies sei nun mal „eine historische Tatsache“. SPD-Fraktionschef Peter Struck fand, die traditionelle SPD-Position, „von den Reichen

nehmen, um den Armen zu geben“, könne nicht länger „die Politik unserer modernen Gesellschaft sein“.

Viele Sozialdemokraten beriefen sich auf den amerikanischen Moralphilosophen John Rawls, der 1971 eine „Theorie der Gerechtigkeit“ entworfen hatte, wonach soziale und ökonomische Ungleichheiten durchaus erwünscht seien. Voraussetzung: „Wenn sie, erstens, zum größten zu erwartenden Vorteil für die am wenigsten Begünstigten führen und wenn, zweitens, garantiert ist, dass gesellschaftliche Positionen allen unter Bedingungen fairer Chancengleichheit offenstehen.“

Schröder schloss daraus: „Es geht nicht um Verteilungsgerechtigkeit, es geht um Chancengerechtigkeit.“

Dieser Rhetorik folgten bald Taten, die auch dringend notwendig waren, denn Deutschland taumelte gerade in eine Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit wuchs und wuchs, Schröder reagierte mit der Agenda 2010, die den Deutschen einige Sicherheiten nahm.

Zudem wurde von der Bundesregierung ständig Lohnzurückhaltung angemahnt und gewährt. Angela Merkel, damals Oppositionsführerin, wollte Schröder noch übertreffen, jedenfalls auf dem Papier. Für den Parteitag in Leipzig 2003 ließ sie ein radikales Wirtschafts- und Sozialprogramm entwerfen.

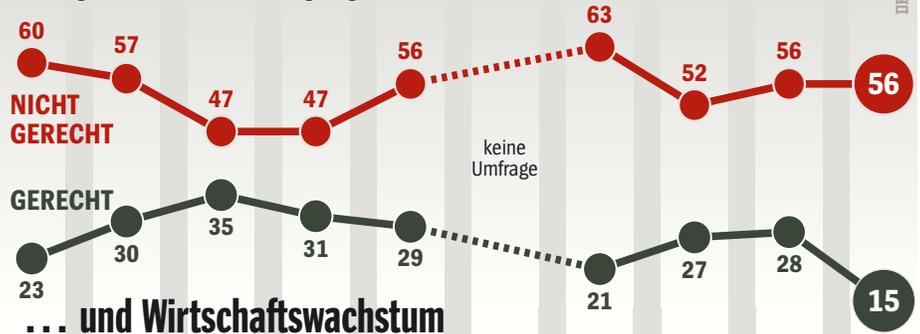
Damals zementierte die Politik durchaus einige jener Ungerechtigkeiten, die nun so schmerzhaft empfunden werden. Es sollte sich was ändern.

Deutschland ist unsicherer geworden in den Jahren seither. Damit ist nicht die Bedrohung durch Terroristen gemeint. Es ist die Unsicherheit darüber, ob sich der soziale Status verteidigen lässt. Diese Unsicherheit hat auch die Mittelschichten erreicht, die auf

Gefühlte Gerechtigkeit ...

„Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland – was die Menschen besitzen und verdienen – gerecht oder nicht gerecht?“

Umfrage der Bertelsmann Stiftung, Angaben in Prozent



... und Wirtschaftswachstum

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

* Prognose IfW Kiel

DER SPIEGEL



PATRICK PLEUL / DPA

Erntehelfer bei der Arbeit (in Brandenburg): Froh, wenn der Lebensstandard knapp über Hartz IV liegt

alte Sicherheiten wie den lebenslangen Job oder die Gewissheit sozialer Absicherung nicht mehr vertrauen können.

Andreas Meisel gehört zu den Leistungsträgern der Gesellschaft. Er ist Neurowissenschaftler, als Juniorprofessor leitet er eine elfköpfige Forschergruppe im Centrum für Schlaganfall-Forschung in Berlin. Sein viel zu kleines Büro teilt er mit zwei Postdoktoranden. Es herrscht kreatives Chaos. Selbst das knallbunte Sofa dient mehr als Ablagefläche für Aktenordner denn als Sitzgelegenheit.

Meisel ist zelleigenen Schutzmechanismen auf der Spur, die helfen könnten, Schlaganfälle zu verhindern. Parallel schiebt er Schichten an der Klinik für Neurologie der Charité. Bei einer 40-Stunden-Woche bleibt es wegen der Doppelbelastung fast nie, aber die Überstunden werden bezahlt, immerhin.

Meisel, 40, müsste eigentlich zufrieden sein. Als Professor hätte er früher zu den oberen Zehntausend gezählt. Aber inzwischen ist das anders. Professoren sind nicht mehr die Elite des Landes, zumindest nicht finanziell. Sie wurden vom neuen Geldadel überrundet, von Managern, Bankern, von all den anderen, die auf den Kapitalmärkten ihr Geld verdienen.

Mittlerweile haben selbst Menschen wie Meisel mit einem Bruttoeinkommen von knapp 60 000 Euro im Jahr Sorgen vor der Zukunft.

„Ich fürchte, die Last des Sozialstaates wird für Leute wie mich irgendwann zu groß“, sagt er. Seit einigen Jahren beobachtet er, dass sein Gehalt stagniert, die Ausgaben aber stetig steigen. „Was rein kommt, geht auch wieder raus“, sagt er. Eigentlich habe er gehofft, mit 40 langsam Rücklagen für die Rente bilden zu können. „Aber daran ist nicht zu denken.“

Selbst in der gehobenen Mittelschicht grassiert die Furcht vor dem Abstieg. Die Menschen aus der Mitte verlieren zunehmend den Glauben, der Bedrohung selbst aktiv etwas entgegenzusetzen zu können. Der Angstindex der Versicherungsgruppe R+V – den gibt es wirklich – stieg 2005 erstmals auf über 50 Prozent. Demnach blickte jeder zweite Deutsche mit „großer

Angst“ in die Zukunft. Rund 60 Prozent der Deutschen zählen sich selbst zur Mittelschicht, doch viele davon fürchten, diesen Status zu verlieren. Der Mainzer Sozialforscher Stefan Hradil spricht von der „Angst, die die Bürotürme hinaufkriecht“. Sein Kollege, der Soziologe Ulrich Beck, sagt, die Angst vor der Armut sei von den Rändern der Gesellschaft zur Mitte gewandert.

Dass selbst bei Unternehmen, denen es gutgeht, die Arbeitsplätze nicht mehr sicher sind, hat tiefe Spuren im Bewusstsein hinterlassen. „Unheimlich“ finden dies 72 Prozent der Bundesbürger laut einer Umfrage von Allensbach.

Klagen möchte Meisel nicht. Seiner Familie geht es nicht schlecht. Sogar einen Ski-Urlaub mit den vier Kindern können sich die Meisels noch leisten. Im Sommer mieten sie für zwei Wochen eine Ferienwohnung. Seine größte Sorge ist die Privatisierungstendenz im Bildungssystem.

„Ich habe Angst, dass ein ordentlicher Studienplatz 5000 Euro im Semester kostet, bis meine Kinder so weit sind.“ Dafür könne er kein Geld zurücklegen.

„Ich weiß aus eigener Beobachtung am Klinikum genau, was es für die Studenten heißt, sich das Studium selbst zu finanzieren.“

Früher hatten Professoren in Deutschland einen Job auf Lebenszeit. Heute ist das anders. Professor Meisel arbeitet mit

UMFRAGE: MINDESTLOHN



„Sind Sie für einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn?“

JA

75%

NEIN

21%

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 11. und 12. Dezember; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

Parteitag der CDU Deutschlands CDU



Demonstration beim CDU-Parteitag in Hannover: Die Sicherheit ist weg

befristetem Vertrag. Eine langfristige Jobgarantie gibt es für keinen in seinem Team. „Ein bisschen mehr Planungssicherheit wäre schon schön“, sagt er.

Trotzdem sieht er sich nicht als Verlierer der Gesellschaft. „Ich bin gut qualifiziert und kann immer den Job wechseln“, sagt er. Anderen gehe es viel schlechter.

Silke Klarholz zum Beispiel hätte es in der deutschen Arbeitswelt vor zwei Jahrzehnten noch nicht gegeben. Sie hat schon in einer Wäscherei gearbeitet, im Callcenter, an der Supermarktkasse und zuletzt als Zustellerin für den privaten Postdienstleister Jurex.

Sie ist gerade 36 geworden und schon seit Jahren darin geübt, sich mit niedrigsten Löhnen über Wasser zu halten. In den Grafiken von Herrn Grabka findet man sie immer auf den untersten Linien.

Klarholz wohnt im niedersächsischen Dinklage. Für Jurex liefert sie Briefe von Gerichten, Ämtern und Behörden aus. Im schwarzen Firmen-Corsa fährt sie täglich bis zu 400 Kilometer, hin und her, nach Emstek und Garrel, nach Molbergen, Lastrup, Cappeln, nach Cloppenburg. Sie fährt von 7 bis 18 Uhr.

Am Ende des Monats bekommt sie 1435,62 Euro brutto. Nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben bleiben 1020,21 Euro übrig. Ihr werden aber nur 784,59 Euro ausgezahlt, denn Jurex berechnet 235,62 Euro für die private Nutzung des Firmenautos.

Klarholz hat ein Arbeitsverhältnis, das die Experten prekär nennen. Es ist ein Verhältnis, das es früher kaum gab. Heute ist es der am stärksten wachsende Bereich im deutschen Arbeitsmarkt überhaupt. Es ist ein Sektor ohne Weihnachtsgeld, ohne Betriebsrenten und ohne Kündigungsschutz. Es ist ein Sektor, in dem die Löhne meist nur eine Entwicklung kennen: nach unten.

Der Sektor des Prekären raubt jede Planbarkeit. Er schafft ständige Sorge. Er bedeutet Armut durch Arbeit.

Wer im Deutschland des Jahres 2007 als Kurierfahrer oder Wachmann, Pförtner oder Reinigungskraft arbeitet, ist meist nur befristet angestellt, seine soziale Absicherung deckt oft nicht mal das Existenzminimum. Wer arbeitslos wird, muss damit rechnen, rasch auf Fürsorgenniveau zu rutschen. Im Rentenalter muss vielfach die staatliche Grundsicherung aus-helfen.

Silke Klarholz mag gar nicht erst ans Alter denken. Sie wäre schon froh, wenn ihre Gegenwart frei von Schulden wäre. Leider schafft auch ihr Lebensgefährte Ioannis keine finanzielle Entlastung. Obwohl er fleißig ist. Ioannis verdient als Pförtner einer Schlachterei 7,67 Euro in der Stunde. Auch er arbeitet in prekären Verhältnissen.

Beiden zusammen reicht es für den üblichen Scheinwohlstand. Die Grundbedürfnisse der modernen Multimedia-gesellschaft sind gedeckt. In der hellbraunen Schrankwand stehen Fernseher, DVD-Spieler und Playstation. Vor der Tür parkt ein 25 Jahre alter Mercedes 190.

Jede Rechnung im Briefkasten aber wird für Silke Klarholz zur Bedrohung. Rücklagen hat das Paar nicht, die Schulden aus

Mindestlöhne – Hungerlöhne

Mindest-Stundenlöhne in Euro

Luxemburg	9,08
Irland	8,65
Frankreich	8,44
Großbritannien	8,20
Niederlande	8,08
Belgien	8,08

Tarifliche Stundenlöhne in Deutschland, jeweils unterste Tarifgruppe

Zeitarbeit (Westdeutschland)	7,38
Bewachungsgewerbe (Hamburg)	6,45
Friseurhandwerk (Baden-Würt.)	6,38
Floristik (u. a. Bayern)	5,94
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe (Thüringen)	5,12

DER SPIEGEL



Reitzle



Zumwinkel



Wiedeking



Schrepp



Mehdorn

Topmanager und -verdiener: Vollkasko-Policen ohne Selbstbeteiligung

dem Ratenkauf der Möbel sind immer noch nicht abbezahlt. Der letzte Urlaub (Wandern im Harz) ist sechs Jahre her. Als Schäferhündin Farah kürzlich wegen Milbenbefall zum Tierarzt musste, waren 300 Euro weg. „Es gibt Monate, da kommt am 1. das Gehalt, und am 3. sind wir schon wieder fast bei null“, sagt sie.

Im Land des Exportweltmeisters ist eine neue Unterschicht der arbeitenden Armen entstanden, die schon froh ist, wenn der Lebensstandard wenigstens einen Hauch über Hartz IV liegt.

Erwerbsbiografien wie die von Silke Klarholz und ihrem Lebensgefährten werden langsam vom Ausnahme- zum Regelfall. Vor ein paar Jahren noch galt der deutsche Arbeitsmarkt als Hort der Überregulierung und Inflexibilität. Heute können sich die Arbeitgeber aus einem ganzen Katalog flexibelster Beschäftigungsformen bedienen.

So stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zwischen 1994 und 2005 von 6,5 auf 11,2 Millionen. Die Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse legte im selben Zeitraum von 1,9 auf 2,7 Millionen zu. Und die Zahl der Selbständigen, die mitunter nur für einen Auftraggeber tätig werden, kletterte von 3,7 auf 4,4 Millionen.

Insgesamt, so zeigt eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, ist der Anteil sogenannter atypi-

scher Erwerbsformen um rund 50 Prozent gestiegen.

Wie gewünscht brachte die Liberalisierung den Arbeitsmarkt in Schwung. Die offizielle Zahl der Arbeitslosen sank in den vergangenen Jahren von über 5 Millionen auf 3,5. Die Schattenseite war nur, dass die meisten neuen Jobs gering bezahlt werden und die neuen Beschäftigten kaum noch Rechte haben. Wer befristet beschäftigt ist, gründet keinen Betriebsrat. Wer als Minijobber ackert, tritt selten einer Gewerkschaft bei.

Es ist rauer geworden in der deutschen Arbeitswelt, rauer gar als in vielen anderen

UMFRAGE: MANAGERGEHÄLTER

„Halten Sie die Vorstände deutscher Großkonzerne für überbezahlt, oder glauben Sie, dass sie gerecht entlohnt werden?“

überbezahlt

83%

11% **gerecht entlohnt**

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 11. und 12. Dezember; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

Ländern Europas. Während in Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden seit langem staatliche Mindestlöhne dafür sorgen, dass die Verdienste wenigstens nicht unter das Existenzminimum rutschen, sind hierzulande selbst Minilöhne von drei oder vier Euro erlaubt. Der Staat muss helfen, damit diese Beschäftigten über die Runden kommen.

Auch die Zeitarbeit hat zu dieser Entwicklung beigetragen. Oft genug setzen die Firmen Leihkräfte mit dem Kalkül ein, dass sie flächendeckend die Löhne drücken. Manche Arbeitgeber gehen noch rabiater vor. Sie werfen große Teile ihrer Belegschaft raus und ersetzen sie durch billigere Leiharbeiter. Wie das funktioniert, demonstrierte jüngst ein Unternehmen, von dem man es am wenigsten erwartet hätte: die Arbeiterwohlfahrt, kurz Awo.

Sie betreibt Kindergärten, Altenheime und Behindertenwerkstätten. Mit rund 150 000 Beschäftigten zählt sie zu den größten Arbeitgebern im Land. Es gelte, die „Werte des freiheitlich-demokratischen Sozialismus“ zu achten, heißt es wehevoll in der Präambel des Awo-Statuts.

Die Arbeitsbedingungen bei der Arbeiterwohlfahrt sind jedoch nicht gerade ein Beitrag zum demokratischen Sozialismus. Löhne werden eingefroren, Stammebeleg-



Gebrüder Albrecht



Ehepaar Porsche



Würth

Oberschichtvertreter: „Eine wirklich geschlossene Gesellschaft“

schaften abgebaut. „Die Arbeiterwohl-
fahrt: Bei jeder Sauerei dabei“, schimpfte
die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di.

Um Personalkosten zu sparen, verschob
der Awo-Bezirksverband Schwaben einen
Teil seiner Beschäftigten in eine neuge-
gründete Tochtergesellschaft. Die Arbeit
änderte sich dadurch nicht, nur die Be-
zahlung. Vollzeitkräfte bekamen plötzlich
Nettolöhne von 800 bis 900 Euro im Mon-
at. Für viele kam das einer Lohnkürzung
von etwa 15 Prozent gleich.

Auch in Nordrhein-Westfalen gründete
die Awo eine eigene Leiharbeiterfirma, um
sich mit billigen Arbeitskräften zu versor-
gen. Anfang Juli traf es eine Frau, die fast
zwei Jahre in einem Altenwohnheim in Lü-
nen als Hauswirtschaftsgehilfin beschäftigt
war. Als Arbeitgeber firmierte nun eine
von der Awo gegründete „Personal-Ser-
vice-Gesellschaft“. So wurden aus zwölf
Euro Stundenlohn sieben.

Für Silke Klarholz aus Dinklage wird
das kommende Jahr sogar noch prekärer
werden. Im November wurde in ihrer Fir-
ma 14 Mitarbeitern gekündigt, für sie ist
zum Jahresende Schluss. „Ich will arbei-
ten“, sagt Klarholz. „Zu Hause fällt mir
die Decke auf den Kopf.“ Aber ihre Chan-
cen in der Region stehen schlecht.

Immerhin hat der Arbeitgeber ihr eine
Abfindung angekündigt. „Wie bei den
Managern“, sagt sie und versucht ein La-

chen. Ihre Abfindung soll 850 Euro be-
tragen.

Wenn man so will, ist Silke Klarholz
auch ein Opfer der Globalisierung. Keine
andere Entwicklung hat den deutschen Ar-
beitsmarkt so umgekrempelt. Sie hat aus
Verlierern Gewinner gemacht und Gewin-
ner in Verlierer verwandelt, im Ausland
wie in Deutschland.

Seit Jahren schon schüttelt diese Globa-
lisierung die deutsche Gesellschaft durch-
einander. Seit Millionen einfacher Jobs
nach China, Indien oder Osteuropa abge-
wandert sind, seit im Gegenzug viele Bil-
ligflieger als Erntehelfer oder Putzkräfte
vorwiegend aus Osteuropa heranrücken,
hat sich die deutsche Arbeitswelt zu einer
Dreiklassengesellschaft entwickelt.

Unten tauchen die Prekären, oben trei-
ben Manager wie Post-Chef Klaus Zum-
winkel, Porsche-Sanierer Wendelin Wie-
cking oder Deutsche-Bank-Boss Josef
Ackermann.

Dazwischen aber gibt es noch immer
die klassischen Facharbeiter, deren Schick-
sal vor allem davon abhängt, welcher In-
dustrie sie angehören. Ob es eine Bran-
che ist, für die die Globalisierung einen
Platz in Deutschland oder in ärmeren Tei-
len der Welt vorgesehen hat. Wer einen
festen Job in den exportstarken Sektoren
der deutschen Auto-, Chemie- oder Ma-
schinenbauindustrie hat, gehörte auch in

den vergangenen Jahren meist zu den
Gewinnern.

Volker Gebhardt ist Schichtführer im
Arcelor-Mittal-Stahlwerk im brandenbur-
gischen Eisenhüttenstadt. Die Stahlindu-
strie in Deutschland galt schon als ster-
bende Branche, jetzt ist das Werk bis an
die Kapazitätsgrenze ausgelastet. Die neu-
en Autofabriken Osteuropas hungern nach
hochwertigen Karosserieblechen. Die In-
dustrialisierung Indiens und Chinas treibt
die Preise. Ausgerechnet an der deutschen
Ostgrenze hat der weltweite Stahlboom ein
kleines Wirtschaftswunder geschaffen.

Gebhardt verdient einen Tariflohn von
2100 Euro. Obendrauf kommen Zulagen
und Prämien. Der Konzern zahlt Urlaubs-
und Weihnachtsgeld, es gibt eine Kinder-
zulage und eine betriebliche Altersversi-
cherung.

Gebhardt hat sich gerade ein Haus ge-
baut, es liegt am Rand eines Naturschutz-
gebiets. Zweimal im Jahr fährt er mit sei-
ner Familie im VW-Bus zum Angelurlaub
nach Norwegen. „Eigentlich“, sagt er, „ist
es jedes Jahr aufwärtsgegangen.“ Es ist
ein Satz wie aus der Zeit des Wirtschafts-
wunders.

Nach der Wende hatte die einstige Eko-
Stahl fast drei Viertel der 12000 Beschäf-
tigten verloren. Doch dann stiegen In-
vestoren aus Belgien und Frankreich ein,
vergangenes Jahr übernahm der indische



Briefzustellerin Klarhaus



Schüler Timm

Deutsche zwischen Arm und Reich: Die Mehrzahl der Beschäftigten kann die widersprüchlichen Botschaften aus der Wirtschaft schlicht

Stahlmagnat Lakshmi Mittal das Werk. Im nächsten Jahr will er sogar eine neue Verzinkungsanlage bauen, für 100 Millionen Euro. „Wir sind auf der Gewinnerseite“, sagt Gebhardt.

Noch glücklicher als er sind in Deutschland nur noch die Manager über die Entwicklung der vergangenen Jahre. Sie haben einen Weg gefunden, sich persönlich auch in den neuen, den unsicheren Zeiten weitestgehend abzusichern. Beraten von Vergütungsspezialisten und Anwälten, handeln sie Verträge aus, die einer Vollkasko-Police gleichen. Ohne Selbstbeteiligung.

Ganz selbstverständlich haben Manager, die für ihre Belegschaften kürzere Kündigungszeiten fordern, einen Fünfjahresvertrag. Wird ihnen gekündigt, erhalten sie eine entsprechende Abfindung für die restliche Laufzeit. Bei Robert Eaton von DaimlerChrysler addierte sie sich auf 60 Millionen Euro, Thomas Middelhof soll bei seinem Abgang von Bertelsmann 25 Millionen erhalten haben, Clemens Börsig von der Deutschen Bank gut 17 Millionen.

Die Belegschaften der meisten Konzerne müssen mittlerweile selbst für das Alter vorsorgen. Neue Mitarbeiter erhalten keinen Anspruch mehr auf eine Betriebsrente. Doch den Topleuten in den Vorstandsetagen werden üppige Pensionen garantiert, die auch beim Wechsel zu einem anderen Unternehmen nicht verfallen.

Utz Claassen hat bei seinen diversen Arbeitgebern so viele Pensionsansprüche angesammelt, dass ihm der Energieversorger EnBW, den er bis vor kurzem führte, nach dem Abgang bis 2026 rund 400 000

Euro jährlich zahlen muss. Claassen ist 44 Jahre jung.

Bestens versorgt ist auch der Pensionär Walter Deuss, bis zum Jahr 2000 Chef bei KarstadtQuelle. Ihm wurde neben seiner Pension ein lebenslanger Anspruch auf Firmenwagen und Fahrer garantiert. Ein kleiner Zusatz im Vertrag – „wie Ihnen dies bisher zur Verfügung stand“ – garantiert, dass der Fahrer auch für den Pensionär rund um die Uhr einsatzbereit sein muss.

Doch dann wollte der Konzern die Überstunden des Fahrers nicht mehr bezahlen. Das Unternehmen kämpfte da gerade ums Überleben, Tausende von Beschäftigten bangten um ihre Jobs. Wie reagierte der Mann, der für die Krise mitverantwortlich war? Deuss klagte auf Erfüllung seines Vertrags, und das Landgericht Essen entschied, das Unternehmen müsse für die Überstunden des Fahrers weiter geradestehen.

Es war ein Sieg für Deuss und eine Niederlage für die Moral der Marktwirtschaft, zumindest für jene, die in Deutschland bis Anfang des neuen Jahrtausends galt. Denn das Vertrauen in diese Wirtschaftsordnung basiert auch auf einem Grundkonsens: Wenn es den Unternehmen besser ging, dann erhielten die Belegschaften mehr Geld, und dann konnten auch die Chefs mehr kassieren. Im Krisenfall wurden dafür Einschnitte akzeptiert, weil auch die Führungskräfte mit weniger auskommen mussten.

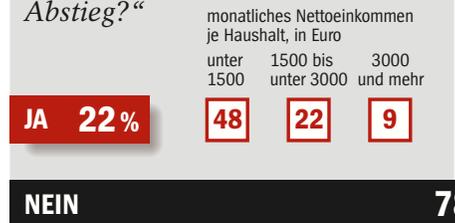
Nun ist die Entwicklung gegenläufig. Die Belegschaften sollen verzichten, während die Vorstände sich immer höhere Einkommen sichern. Die Vorstandschefs der Dax-Konzerne konnten in vier Jahren ihre Vergütung um rund 60 Prozent steigern. Auch bei Bahn-Chef Hartmut Mehdorn, der angesichts seiner streikenden Lokführer den Untergang des Abendlandes herannahen sah, waren es über 30 Prozent.

Solche Zahlen spalten Unternehmen in zwei Welten, die der Manager und die der Arbeitnehmer. Dabei wird etwas zerstört, dessen Wert sich in Euro schwer messen lässt: die Identifikation einer Belegschaft mit ihrem Unternehmen.

Die Mehrzahl der Beschäftigten kann die widersprüchlichen Botschaften aus der Wirtschaft schlicht nicht mehr verstehen. Viele Unternehmen verkaufen ihre Werkwohnungen, mit denen sie ihren Mitarbeitern einst günstige Unterkünfte verschaffen wollten. Die Vorstände aber werden umsorgt. So erwarb Linde für seinen Boss Wolfgang Reitzle eine Villa in Wiesbaden, und Siemens vermittelte seinem früheren Chef

UMFRAGE: SOZIALER ABSTIEG

„Haben Sie gegenwärtig Angst vor dem Verlust Ihres Arbeitsplatzes und einem sozialen Abstieg?“



TNS Forschung für den SPIEGEL vom 11. und 12. Dezember; Basis: befragte Berufstätige



FOTOS: DRUTZMANN.DE

Forscher Meisel

Stahlarbeiter Gebhardt

nicht mehr verstehen

Klaus Kleinfeld ein Grundstück in Münchens Nobelviertel Grünwald. Die Herren sollen standesgemäß wohnen.

Bei seinem Abschied kassierte Kleinfeld noch einmal. Ihm war aufgefallen, dass er keine Wettbewerbsklausel im Vertrag hatte. Er hätte sofort bei der Konkurrenz anheuern können. Allein um das zu verhindern, musste ihm Siemens 5,75 Millionen Euro zahlen.

Kleinfeld fand schnell einen Job bei einem Nichtkonkurrenten. Der US-Rohstoffkonzern Alcoa zahlt ihm nicht nur ein Grundgehalt von 1,4 Millionen Dollar und einen Bonus, der zwischen 1,7 und 3,4 Millionen liegen dürfte. Zusätzlich zu den üblichen Umzugsbeihilfen erhält Kleinfeld für die Umsiedlung seiner Familie weitere 1,2 Millionen Dollar. Zudem hat er Anspruch auf eine „Antrittsprämie“: Wenn der neue Chef die Arbeit aufnimmt, bekommt er 6,5 Millionen Dollar.

In den USA ist so etwas üblich. Und es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis sich diese Sonderzahlung auch in deutschen Konzernen durchsetzt. Nach oben hin ist man hierzulande immer offen.

Der Darmstädter Soziologe Michael Hartmann hat in Studien belegt, dass sich die Oberschicht mit wachsendem Erfolg vom Rest der Gesellschaft abschottet. Er hat die Lebensläufe von 6500 promovierten Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern und Ingenieuren untersucht. Die große Mehrheit von ihnen hatte ohnehin gute Startbedingungen und kommt aus wohlhabenden Verhältnissen. In den 100 größten Unternehmen des Landes sind 80 Prozent der Stellen im Topmanagement mit Leuten besetzt, deren Eltern Unternehmer, Manager, hohe Beamte oder von Adel wa-

ren. „Das ist eine wirklich geschlossene Gesellschaft“, sagt Hartmann.

Wer hat, dem wird gegeben. Das DIW hat errechnet, dass die Deutschen mehr als fünf Billionen Euro Nettovermögen angehäuft haben, eine fünf mit zwölf Nullen, eine Zahl wie aus dem Märchen. Fünf Billionen würden genügen, um 17 Jahre lang alle Ausgaben des Bundes zu finanzieren. Würde man das Vermögen gleichmäßig im Volk verteilen, hätte jeder Deutsche 81000 Euro. In Wahrheit besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung 21 Prozent des Nettovermögens.

Dass der Reichtum immer die Frucht harter Arbeit ist, wie etwa bei den Aldi-

Brüdern Theo und Karl oder dem Schraubenfabrikanten Reinhold Würth, lässt sich nicht belegen. Der Geldadel hat seinen Aufschwung oft auch Zins, Zinseszins und Aktiendividenden zu verdanken. Laut Statistischem Bundesamt sind zwischen 2001 und 2006 die Unternehmens- und Vermögenseinkünfte um über 36 Prozent gestiegen. Löhne und Gehälter wuchsen dagegen nur um 2,2 Prozent.

Diese Unwucht wird sich noch verstärken, wenn 2009 eine Reform der Zinsbesteuerung in Kraft tritt. Für Zins-einkünfte und andere Kapitalerträge gilt von da an der Einheitssatz von 25 Prozent.

Selbst ein Durchschnittsverdiener muss sein Einkommen in der Spitze mit über 30 Prozent versteuern, ein Vermögender, der von Zinseinkünften oder Mieten lebt und selbst nicht arbeitet, bekommt Rabatt.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) kennt den Einwand. Sei-

Arbeitsverhältnisse

Erwerbstätige in Millionen



ne Entgegnung ist pragmatisch. Der jetzige Zustand, bei dem viele Anleger ihr Geld schwarz im Ausland anlegen, sei noch ungerechter: „25 Prozent auf x ist gerechter als 45 Prozent auf nix.“

Auch wenn es ans Erben geht, bleiben Kapitalbesitzer weitgehend verschont. Jahr für Jahr wechseln Hinterlassenschaften im Wert von 150 Milliarden Euro die Besitzergeneration. In den nächsten zehn Jahren wird Eigentum in Höhe von zwei Billionen Euro vererbt.

90 Prozent der Erbschaften gehen am Finanzamt komplett vorbei. Die Erbschaftsteuer ist über den Status einer Bagatell-



ANDREAS GEBERT / WARIO IMAGES

Absolventen der Universität Bonn: Der Status der Eltern bestimmt die Bildung

steuer nicht hinausgekommen. Ihr Aufkommen beträgt nur rund vier Milliarden Euro.

Andere Länder langen viel kräftiger zu. In den USA beträgt der Anteil der Erbschaftsteuer am gesamten Steueraufkommen 1,14 Prozent. In Deutschland sind es nur 0,75 Prozent.

Daran wird sich auch künftig nichts ändern. Bei der anstehenden Reform der Erbschaftsteuer stand eine Größe von vornherein fest: Ihr Aufkommen soll bei vier Milliarden Euro eingefroren werden.

Auch bei der Einkommensteuer gibt es Regelungen, die nur schwer mit den Vorstellungen von Fairness zu vereinbaren sind.

Der Staat bietet seinen Bürgern noch immer zahlreiche Möglichkeiten, ihre Steuerlast zu mindern. Und davon machen vor allem Besserverdiener Gebrauch. Mal werden Eigentumswohnungen begünstigt, mal Schiffsfonds. So kann sich jemand mit hohem Einkommen vor dem Fiskus armrechnen. Auch Selbständige verfügen über viele Möglichkeiten, ihre Einkünfte vor dem Finanzamt zu verstecken, und das ganz legal.

Ein schöner Ort, sein Geld zu verprassen, ist das Kempinski Grand Hotel in Heiligendamm, wo im Sommer Angela Merkel zum G-8-Gipfel Hof hielt.

Dort macht sogar das Kranksein noch Freude. Schlafstörungen, Migräne und Magen-Darm-Beschwerden werden im Medical Spa auf besonders sanfte Weise in der Tradition fernöstlicher Heilkunst gelindert. Im Angebot sind Entspannungsakupunktur (80 Euro) und Durchwalken nach chinesischer Tui-Na-Methode (95 Euro).

Braucht der Gast einen Schulmediziner, kommt ein Doktor der Median-Klinik von nebenan vorbei. Er analysiert Blutgas und Laktatwerte, misst die Lungendiffusionskapazität oder gibt Ratschläge in Ernährungsfragen, ganz nach Bedarf. Wer es sich leisten kann, wird als Privatpatient heute besser umsorgt als je zuvor.

Doch auch im Kreise der Versicherten gibt es riesige Unterschiede. Die Aufteilung des Gesundheitswesens in einen privaten und einen gesetzlichen Zweig hat über die Jahre zu einem Zweiklassensystem in Deutschland geführt.

Wer ärmer ist, muss früher sterben. Das klingt unglaublich, ist aber statistisch klar belegt. Eine heute 40 Jahre alte Kassen-

patientin hat eine durchschnittliche Lebenserwartung von 82 Jahren. Eine ebenfalls 40-jährige Privatversicherte kann damit rechnen, 87 zu werden. Bei den 40-jährigen Männern ist der Unterschied noch gravierender. Der Kassenpatient hat eine Lebenserwartung von 77 Jahren, der Privatpatient kommt auf 84 Jahre.

Es sind Zahlen aus Parallelwelten. Die private Krankenversicherung DKV hat einen Luxustarif „Best Care“ im Angebot. Die erlesene Kundschaft hat Zugang zu den besten und berühmtesten Spezialisten, innerhalb einer Woche.

Ganz anders stellt sich das deutsche Gesundheitswesen aus Sicht der Kassenpatienten dar. Deren Leistungskatalog wird

Jahr für Jahr dünner. Die Regierung strich den Brillenzuschuss und das Sterbegeld. Fahrtkosten zum Arzt und die Ausgaben für viele Arzneimittel müssen die Patienten aus der eigenen Tasche bestreiten. In der Apotheke sind plötzlich Zuzahlungen fällig, und der Arzt kassiert eine Praxisgebühr. Wer nicht wohlhabend ist, für den wurde es zumindest mühsamer, gesund zu bleiben.

Der SPD-Politiker Karl Lauterbach, selbst Arzt, führt die Missstände im Gesundheitswesen vor allem darauf zurück, dass sich die besten Ärzte nicht auf die schwierigsten Fälle konzentrieren, sondern auf die lukrativsten.

Ungleiche Chancen

Soziale Herkunft von Studierenden in Deutschland



Lauterbachs SPD-Bundestagskollege Wolfgang Wodarg glaubt, dass Kassenpatienten systematisch bei der Versorgung mit überlebenswichtigen Spenderorganen benachteiligt werden. Wodarg hat eine seltene Beobachtung gemacht. Obwohl Privatpatienten in Deutschland nur etwa zehn Prozent der Bevölkerung stellen, haben sie 16 Prozent aller verwendeten Spendernieren erhalten. Von den gespendeten Herzen wurden sogar 20 Prozent für Privatversicherte verwendet.

Auf welcher Seite der Überlebensgrenze man steht, entscheidet sich früh, schon im Kindesalter. Timm zum Beispiel ist auf der richtigen Seite gelandet.

Vor kurzem musste er sich von seinen alten Freunden verabschieden. Es war der Tag, an dem ihn seine Eltern auf die Privatschule schickten und die Freunde in der alten Schule zurückblieben – der öffentlichen Schule. Timm besucht jetzt die Berliner Phorms-Schule. Hier wird fast alles für die Schüler und ihre Entwicklung getan, sie ist quasi ein Maybach unter den Schulen. In seinem Unterricht hat Timm immer zwei Lehrer vor sich, einen für das jeweilige Fach und einen reinen Pädagogen. Man unterhält sich fast immer auf Englisch, ein perfektes Training für die globalisierte Welt.

Timm besitzt wie alle anderen Schüler eine Smart-Box, einen kleinen Computer,

auf dem er seine Hausaufgaben schreiben und berechnen oder drahtlos im Internet recherchieren kann. Sein Stundenplan enthält einmal die Woche das Fach „Individuelle Förderung“. Im Einzelunterricht soll dort auf die besonderen Fähigkeiten jedes Schülers eingegangen werden.

Rund tausend Euro im Monat zahlen seine Eltern, damit Timm und sein kleiner Bruder Tom eine bessere Ausbildung bekommen als ihre Freunde auf der staatlichen Schule. Timms Eltern sind nicht wirklich reich, aber ihre Kinder sind es ihnen wert. Sie handeln selbst, weil sie dem Staat nicht mehr vertrauen.

Seit 1992 stieg die Zahl der Privatschüler um 52 Prozent. Eigenvorsorge nennt man das im Gesundheitswesen. Im Schulwesen war diese Philosophie lange Zeit unbekannt. Während an den öffentlichen Schulen die Zahl der Schüler sinkt und der Staat Schulen schließen muss, kommen jedes Schuljahr 80 bis 100 allgemeinbildende Schulen in privater Trägerschaft hinzu.

Armutsrisiko

Anteil der Bundesbürger, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben, in Prozent



So geht auch im Schulsystem die Schere auf wie bei der Gesundheit oder beim Einkommen. Die privaten Neugründer bieten all das, wovon die öffentlichen Schulen nur noch träumen. Das alte Versprechen des Sozialstaats, all seinen Bürgern die gleichen Startchancen ins Leben zu ermöglichen, ist längst gebrochen.

Wer heute in den unteren Teil der Gesellschaft hineingeboren wird, hat nur wenige Chancen, dort im Laufe seines Lebens wieder herauszuklettern. Seit den sechziger Jahren

war es für Kinder von Arbeitern nicht mehr so schwer, ihren gesellschaftlichen Status zu verbessern.

Und nichts bestimmt so sehr über den späteren Wohlstand wie die Ausbildung. Deren Erfolg wiederum hängt in kaum einem europäischen Land so stark vom Status der Eltern ab wie in Deutschland. Das hat die Pisa-Studie belegt.

Demnach ist der durchschnittliche Anteil der Kinder aus „bildungsnahen Schichten“, die ein Gymnasium besuchen, mehr als viermal so hoch wie der Anteil der Kin-

der aus Facharbeiterfamilien. Auch für den Zugang zur Hochschule ist die soziale Herkunft entscheidend. Nur 6 von 100 Arbeiterkindern beginnen ein Hochschulstudium, während 49 von 100 Kindern aus einkommensstarken Familien später eine Universität besuchen.

Zwischen 1982 und 2003 ist der Anteil der Studierenden aus der höchsten Sozialschicht von 17 auf 37 Prozent gestiegen, während sich der Anteil der Studierenden aus der untersten Herkunftsgruppe von 23 auf 12 Prozent verringert hat. Nur in Ungarn und Belgien ist der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der Bildung noch stärker ausgeprägt.

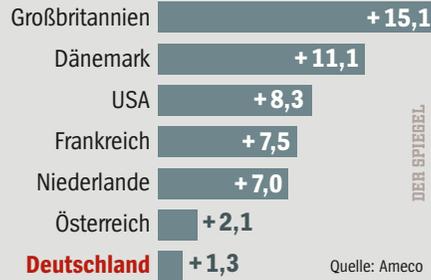
Die deutsche Gesellschaft ist undurchlässig geworden. Wer arm zur Welt kommt, hat statistisch gesehen schon verloren. Und arm sind immer mehr Kinder in Deutschland.

Jedes sechste wächst nach der gängigen Definition in Armut auf. Als arm gelten Kinder, deren Eltern weniger als die Hälfte des deutschen Durchschnittsverdienstes bekommen. Zurzeit sind es 2,6 Millionen.

Schon in der Grundschule haben sie deutlich schlechtere Noten und bleiben öfter sitzen als ihre Klassenkameraden aus besserem Hause. An der Teltow-Grundschule in Berlin-Schöneberg kann man die Grenze zwischen Arm und Reich oft an ei-

Bescheidenes Deutschland

Reallöhne 2000 bis 2006,
Veränderung in Prozent



nem Geräusch erkennen. Am Knurren des Magens der Schüler.

Viele Kinder sind morgens schon ohne Frühstück aus dem Haus gegangen. Wenn dann um die Mittagszeit eine warme Mahlzeit angeboten wird, haben nur 60 von 280 Kindern die nötigen zwei Euro. An den Ganztagschulen, heißt es in einem Brandbrief der Schulleiter an den Berliner Schulsenator, wäre längst „eine Dreiklassengesellschaft entstanden“.

In den Schulen würden sich deswegen täglich „für Kinder wie Lehrer bei der Essensausgabe unzumutbare Szenen abspielen“, berichtet der Soziologe Michael Jäger von der Berliner „Vernetzungsstelle

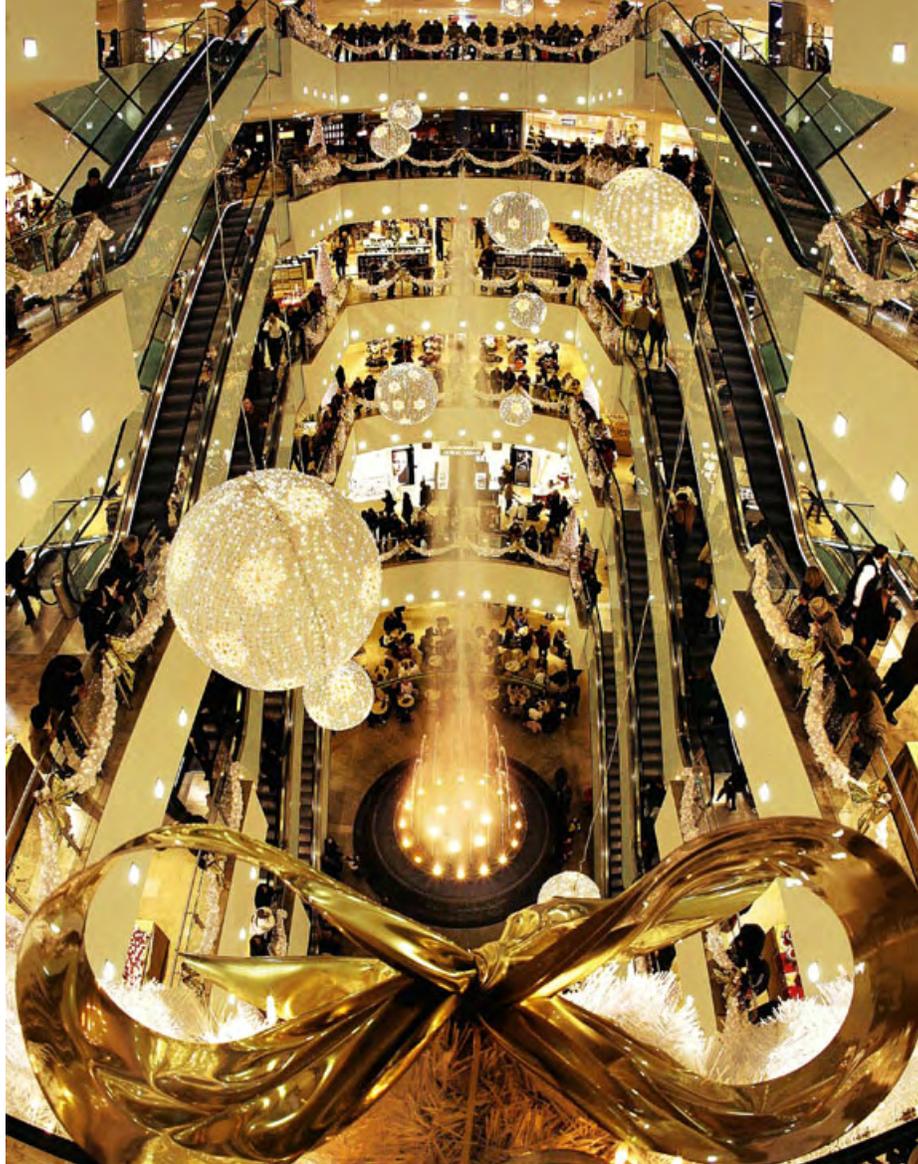
Schulverpflegung“. Ein Teil der Grundschüler starre neidvoll darauf, wie den anderen Mitschülern aufgetischt wird. „Viele Eltern haben ihre Kinder aus den Augen verloren und gehen mit dem wenigen Geld, das sie haben, falsch um“, sagt Jäger. „Sie kaufen ihnen Handy, MP3-Player und Markenklamotten, aber lassen sie hungern oder geben ihnen bestenfalls Geld für Chips und Burger.“

Auch Pastor Bernd Siggelkow weiß, was Armut aus Kindern macht. Er ist Leiter der „Arche“ in Berlin-Hellersdorf, einer längst berühmt gewordenen Betreuungseinrichtung. Sie kümmert sich um Kinder, die vernachlässigt wurden – von den Eltern, vom Schicksal oder von beidem.

„Armut bedeutet mehr als der Verzicht auf schicke Jeans, das neue Fahrrad oder ausgewogenes Essen“, sagt Siggelkow. „Es bedeutet, von Beginn an schlechte Karten zu haben.“

Seine Arche ist ein Großunternehmen geworden, eine Marke im deutschen Sozialwesen, es gibt Filialen in München und Hamburg. Der Bedarf an Betreuung für die Ärmsten ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Es ist ein Wachstumsmarkt, genau wie die Privatschulen.

So vererbt sich die Armut von einer Generation zur nächsten. Neulich hat ein Vierjähriger in der Arche auf die Frage,



WALTER D. GRUBITZSCH / DPA

Kaufhaus (in Leipzig): Konsumrausch in der Zuckerwelt

was er einmal werden wolle, geantwortet: „Ich werde Hartz IV.“

Auch Mouafa, 9, kommt in die Arche, aber nur heimlich. Der Vater möchte das nicht, dafür ist er zu stolz. „Wir sind nicht arm“, sagt er trotzig. Er hat ja Arbeit, und wer Arbeit hat, der ist nicht arm, lautet seine Logik.

Mouafas Eltern stammen aus Marokko. In Deutschland schuftet der Vater als Lagerarbeiter im Gemüsegroßhandel, die Mutter putzt in einer Imbissbude. Das muss reichen für die sechsköpfige Familie.

Einmal hat Mouafa mit ihren Eltern Verwandte in Marokko besucht. Dort gelten sie als die reichen Deutschen. Deswegen kommen ihre Brüder auch nicht mit in die Arche. Sie wollen mit den „Asozialen“ nichts zu tun haben.

Mouafa kommt nicht wegen des Essens in die Arche, sie liebt den Computerraum. Ihr Deutsch holpert, sie würde gern besser lesen und schreiben können. Aber zu Hause ist niemand, der ihr hilft. Sie wird später vermutlich eine Hauptschule besuchen, wie ihre drei Brüder. „Mouafa ist nicht dumm“, sagt Pastor Siggelkow. „Aber sie hat kaum eine Chance, das zu zeigen.“

Die Kinder von Migranten haben es meist besonders schwer, den Aufstieg zu schaffen. Jeder Fünfte bricht die Schule vorzeitig ab. An Haupt- und Sonderschulen sind sie überrepräsentiert.

In vielen Industriestaaten werden Kinder über die Schule in die Gesellschaft integriert, in Ganztagsgesamtschulen und lernorientierten Vorschulen. So verbringen sie viel Zeit in der Sprachwelt des Landes, in dem sie leben. In Deutschland blei-

UMFRAGE: KONJUNKTUR

„Profitieren Sie persönlich von dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland?“

monatliches Nettoeinkommen je Haushalt, in Euro
 unter 1500 1500 bis 3000 3000 und mehr

JA 17% **6** **16** **28**

NEIN **81%**

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 11. und 12. Dezember; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“

ben Ausländerkinder meist unter sich, sowohl in der eigenen Familie als auch in der Schule. In nur wenigen anderen Ländern, so die Pisa-Forscher, sei man auf so unüberwindbare Bildungsschranken gestoßen.

Es war nicht grundsätzlich falsch, dieser Gesellschaft Sicherheiten zu nehmen. Die neuen Unsicherheiten im Arbeitsleben sind zum großen Teil notwendig, damit das Land als Ganzes im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Man kann die Folgen auffangen, durch einen gesetzlichen Mindestlohn in anständiger Höhe, durch ein Ende der Zweiklassenmedizin, durch eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Einkommen. Die alten Sicherheiten wird das alles nicht zurückbringen.

Schröder hat gesagt, es gehe nicht mehr vorrangig um Verteilungsgerechtigkeit. Sie ist dann tatsächlich zurückgegangen. Aber er hat auch gesagt, es gehe um Chancengerechtigkeit. Die ist nicht gewachsen, im Gegenteil.

Wer die Gesellschaft auseinanderreißt, muss dafür sorgen, dass so ziemlich jeder die Chance bekommt, einen Platz in der besseren Hälfte zu ergattern. Das geht nur über Erziehung und Bildung, in Kindergärten, Schulen und Hochschulen.

Jedes Kind muss die Chance haben, dass es nicht da landet, wo Ralf Schröter gelandet ist. Er ist Müllmann, aber nicht Müllmann bei der Stadt, sondern bei einer privaten Entsorgungsfirma in Berlin. Vor Jahren verdiente er im Großhandel mehr als 1600 Euro netto. Nun wuchtet er Müllcontainer für Müllcontainer auf den Lkw und bekommt 1050 Euro brutto. Er fängt morgens um 5 an und schuftet oft bis 18 Uhr.

Als der Betriebsrat gegen die Arbeitsbedingungen protestierte, gründete die Unternehmensleitung eine neue Firma, um die Mitarbeitervertretung auszuhebeln. Zugleich wurden die Arbeitsverträge auf zwei Jahre begrenzt, die Probezeit dehnte man auf sechs Monate aus.

Schröters Bezahlung blieb gleich. Überstunden seien im Gehalt enthalten, hieß es im Vertrag. „Von nun an ging alles einen Zacken schärfer zu“, sagt Schröter.

Dann schnitt er sich an einer Glasscherbe durch den Arbeitshandschuh den Daumen auf. Schröter ließ sich krankschreiben. Einen Tag später hatte er die Kündigung im Briefkasten.

Am Tag der Kündigung hat sich Schröter zum ersten Mal Gedanken gemacht über das System, in dem er lebt. „Gerechtigkeit ist die Balance zwischen Geben und Nehmen“, sagt er. Wenn er etwas gebe, wolle er auch etwas bekommen. „So schwere Arbeit zu machen und so behandelt zu werden wie ich, das ist nicht gerecht.“

MARKUS DEGGERICH,
 MARKUS FELDENKIRCHEN, DIETMAR
 HAWRANEK, DIRK KURBUJWEIT,
 LARS-MARTEN NAGEL, ALEXANDER NEUBACHER,
 CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA